



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

### **Land behält Gelder der Landkreise ein**

**„Das CDU-regierte Hessen muss die Bereicherung an der Hartz IV-Umsetzung sofort einstellen“, fordert die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Lambrecht (SPD)**

*Viernheim, 13. April 2006* - Seit der Einführung von Hartz IV 2005 spart Hessen 155 Mio. Euro pro Jahr Wohngeldausgaben. Das geht aus einem Bericht des Bundesfinanzministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestages hervor. Nach Abzug des West-Ost-Ausgleichs bleibt immer noch eine Einsparung von 82 Mio. Euro pro Jahr.

Dieser Betrag ist den Landkreisen und kreisfreien Städten per Gesetz ausbezahlt. „Tatsächlich zahlt die CDU- Landesregierung aber nur 50 Mio. Euro im Jahr. Fazit: 64 Mio. Euro werden den Kommunen seit 2005 vorenthalten. Dies ist angesichts der Finanzausstattung der Landkreise nicht hinzunehmen“, so Lambrecht. „Der Bund hat seine gesetzlich garantierte Zusage eingehalten und im Jahr 2005 allein 236,32 Mio. Euro für Unterkunftskosten an die hessischen Hartz-IV-Träger gezahlt. Es kann nicht sein, dass gleichzeitig Finanzminister Weimar pro Jahr mindestens 32 Mio. Euro zurückhält und als Spardose für seinen von ihm heruntergewirtschafteten Landeshaushalt missbraucht. Es handelt sich hier nicht um Landesmittel, sondern um Gelder, die den Kommunen gesetzlich zustehen“, so Lambrecht



Christine Lambrecht  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

# Presseinformation